



Entwicklungsszenarien und externe Bedrohungen für Russland

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

November 2017

Zusammenfassung

Am 23. Oktober 2017 veröffentlichte der Gründer und Direktor des 1996 geschaffenen „Zentrums für Studien zur postindustriellen Gesellschaft“, Wladislaw Inosemzew, vier Szenarien bezüglich der weiteren Entwicklung Russlands unter der Überschrift „Putin an der Kreuzung“: das Nachfolger-Szenario, das Verfassungsreform-Szenario, das Szenario der „Gesellschaftlichen Versöhnung“ und das Szenario der Föderalismuserneuerung.

Am 9. Oktober 2017 identifizierte die Kommission des Föderationsrats für den Schutz der staatlichen Souveränität Russlands neun Bereiche der Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten Russlands, die eine externe Bedrohung darstellen. Die ersten drei sind: die „Schaffung und Unterstützung von NGOs und anderer ähnlicher Strukturen“, die Finanzierung von Bildungsprogrammen, die „Nutzung der Medien und der sozialen Netzwerke zur Diskreditierung des Landes“. Der „Islamische Staat“ wird nicht genannt.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Entwicklungsszenarien für Russland

Am 23. Oktober 2017 veröffentlichte der Gründer und Direktor des 1996 geschaffenen „Zentrums für Studien zur postindustriellen Gesellschaft“, Wladislaw Inosemzew, vier Szenarien bezüglich der weiteren Entwicklung Russlands unter der Überschrift „Putin an der Kreuzung. Bedenkfrist bezüglich der Zukunft des Landes“.¹ Inosemzew geht davon aus, dass nach dem Ende der nächsten Amtszeit Putins 2024 die russische politische Konfiguration radikal erneuert werden muss unter dem Einfluss sich verändernder Wahrnehmungen der Eliten der nahen Zukunft.

Nachfolger

Dieses Szenario ist heute das wahrscheinlichste. Der Nachfolger Putins wäre 2024 ein wirklicher Erbe und nicht ein „banaler Platzhalter“ wie 2008. Inosemzew denkt dabei wohl an Medwedews damalige Präsidentschaft von 2008 bis 2012. Der Nachfolger kann sich als zu „schwach“ erweisen, und das lang abgenutzte System wird zum Hausierer. Es kann auch ein „Krieg aller gegen alle“ unter denjenigen ausbrechen, deren einziger Vorteil ist, dass sie die Aufmerksamkeit des vorhergehenden Führers hatten.

Aber auf der anderen Seite kennt Inosemzew keinen einzigen Fall in der Geschichte, bei dem der Abzug des autoritären Führers von der Macht nicht von einem raschen Zusammenbruch des Regimes begleitet war. Die Gründer-Lorbeeren verblassen schnell und können nicht vererbt werden. Im modernen China oder in Brasilien der Ära der Militärdiktatur wurde die Stärke des Regimes durch den Rotationsmechanismus bestimmt, der in Russland nicht existiert. Deshalb hält Inosemzew das Nachfolge-Szenario eigentlich für das riskanteste und am wenigsten erfolgversprechend.

Verfassungsreform

Dieses Szenario beinhaltet die Umwandlung Russlands in eine parlamentarische Republik, das auch Michail Chodorkowskij vorschlägt. Das wurde von den meisten autoritären Regimen in Europa wie z.B. in Spanien und Portugal umgesetzt. In einer parlamentarischen Republik liegt die exekutive Machtfülle nicht mehr beim Präsidenten, sondern beim Premier, der vom Parlament gewählt wird. Dies würde Putin erlauben, bis zum Ende seiner Tage an der Macht zu bleiben, wenn er jeweils von der Parlamentsmehrheit immer wieder zum Regierungschef gewählt wird, es sei denn, unerwartete revolutionäre Ereignisse kämen dazwischen. Die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Szenario im Jahr 2024 eintritt, schätzt Inosemzew auf 50 %. Nach der nächsten Staatsdumawahl 2021 könnte es umgesetzt werden.

Dieses Szenario löst nicht das fundamentale Problem, das unvermeidliche Auslösen von Turbulenzen nach dem „endgültigen Abgang“ des nationalen Führers, egal wie sich dieser zeigt. Das Niveau der Unbestimmtheit im Falle seiner Realisierung wird zunehmen, was sicher nicht den Interessen von Putins Umgebung entspricht. Deshalb wird dieses Szenario nicht als ein idealer entscheidender Bestandteil eines modernen vaterländischen Establishments angesehen werden.

¹ <https://snob.ru/selected/entry/130376>



„Gesellschaftliche Versöhnung“

Dieses Szenario beinhaltet einen „Pakt“ zwischen der staatlichen Macht und der Opposition. Aber für die Umsetzung dieses Szenarios sieht es schlecht aus, denn um einen solchen „Pakt“ schließen zu können, bedarf es eines Minimums einiger Bedingungen: eine mächtige und organisierte Opposition, klares Verständnis der Seiten, dass die ehemaligen Führer in Ruhe gehen oder sich bereits im Himmel befinden. Inosemzew bezweifelt, dass in Russland in sieben oder acht Jahren eine seriöse Opposition entstehen wird und dass der Putinismus so viele aufrichtige Anhänger hat, dass sie das gegnerische Lager bilden könnte. Es wird niemandem geben, der mit irgendjemandem verhandelt und dass es gar nichts zum Verhandeln gibt.

Föderalismuserneuerung

Das Szenario eines aktualisierten russischen Föderalismus ist für Inosemzew das vernünftigste. Russland ist mit 85 Föderationssubjekten formal eine der wirtschaftlich vielfältigsten Föderationen der Welt. So beträgt die Differenz im Pro-Kopf-Regionalprodukt zwischen dem Autonomen Kreis der Nenzen und dem neu hinzugekommenen Sewastopol als Föderationssubjekt das Fünzigfache. Gleichzeitig verwaltet das föderale Zentrum rigide die Territorien völlig durch zentralisierte Machtorgane, Haushaltssubventionen und ein einheitliches Steuersystem, dessen zentrales Element die Abgabe auf natürliche Ressourcen und Zölle ist. Der Freiheitsgrad der Regionen ist nicht so groß, aber gleichzeitig sind ihre Interessen viel konkreter und formalisierter als die Interessen einzelner sozialer Schichten und insbesondere politischer Parteien und Bewegungen. Wenn etwas eine Garantie sein kann, nicht nur für einen weichen Übergang des Landes vom gegenwärtigen Regime zu etwas Neuem, sondern auch zur Bewahrung wesentlicher Elemente des Status quo, dann ist es die Erneuerung des russischen Föderalismus.

Es ist keine radikale Reform erforderlich, es reicht, klein zu beginnen, mit der Änderung des gegenwärtigen Verwaltungsregimes. In den letzten Jahren schickte der Kreml so viele diskreditierte Personen in die Regionen. Auf der einen Seite wäre die Zulassung einer Reihe von Oppositionspolitikern zu den Wahlen möglich, die ihre Meinung auf der föderalen Ebene vertreten, wie z.B. Wladimir Ryschkow. Auf der anderen Seite gibt es viele vielversprechende Führer vor Ort, denen ein Signal gegeben werden sollte.

In Russland und in anderen europäischen Ländern begannen Revolutionen und Massenbewegungen immer in den Hauptstädten. Wenn die Macht für sie existierende Bedrohungen mindern will, sollte sie alles tun, um die „Politik in die Regionen zu verbannen“. Heute möchte das Zentrum nicht der Vorgesetzte sein. Deshalb sollte seine Hauptaufgabe darin bestehen, Schiedsrichter zu sein. Die Schwächung des Drucks des dirigierenden Zentrums wird seine Autorität in keinem Fall mindern, sondern die zentripetalen Tendenzen verstärken.

Der Föderationsrat sollte zu dem Ort werden, an dem die Verhandlungen zwischen den Regionen sowie den in ihnen dominierenden Finanz- und Industriegruppen und dem Zentrum stattfinden. Der Konkurrenzkampf zwischen den Subjekten wird wesentlich mehr zum wirtschaftlichen Fortschritt beitragen als irgendwelche „technokratischen“ Initiativen der heutigen Beamten. Die Machtzentren werden sich verschieben.

Inosemzew ist davon überzeugt, dass die wahre Garantie für die Sicherheit der modernen russischen Elite in der Streuung der Macht liegt und in der Schaffung einer Masse von Kontrollmechanismen und Gegengewichten, welche die Akzente des politischen Kampfes radikal verschieben werden und die Punkte des Einsatzes der Bemühungen der einzelnen Politiker. Außerdem kann eine solche Reform ein solcher Schritt vorwärts zur Entwicklung des Landes sein, der einen erheblichen Teil der in der Gesellschaft angesammelten Negative tilgt.



Zeit für Reformen ist mehr als genug. Wenn sie durchgeführt werden, wird eine ganz andere Verwaltungsstruktur entstehen, der Einfluss der gegnerischen Gruppen in der föderalen Elite wird abnehmen, es wird das gegenwärtige Präsidentenrenommee eines „Gründers des Landes“ erhalten bleiben.

Externe Bedrohungen für Russland

Am 9. Oktober 2017 identifizierte die Kommission des Föderationsrats für den Schutz der staatlichen Souveränität Russlands neun Bereiche der Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten Russlands, die am dringlichsten sind und eine externe Bedrohung darstellen.² An erster Stelle des vorläufigen Berichts der Kommission steht die „Schaffung und Unterstützung von NGOs und anderer ähnlicher Strukturen“, die entweder direkt oder indirekt an politischen Aktivitäten im Namen von ausländischen Staaten in Russland teilnehmen und die Auswirkungen auf die „Institutionen der Zivilgesellschaft als Ganze“ haben. Nach Angaben von Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka wurden ab Juni dieses Jahres als ausländische Agenten mehr als 90 Organisationen in das entsprechende Register des Justizministeriums aufgenommen. Die Einnahmen solcher NGOs liegen nach Auskunft des Justizministeriums zwischen 70 und 90 Mrd. Rubel (1 bzw. 1,3 Mrd. €) pro Jahr. Bei einigen NGOs überschreitet die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland 90 % ihres Jahresbudgets.

An zweiter Stelle wird von den Senatoren die Arbeit mit Bildungseinrichtungen genannt, die Finanzierung von Bildungsprogrammen mit dem Ziel, diesen Bereich weiter zu kontrollieren und ihn in die Richtung der politischen Konkurrenten zu transformieren. An dritter Stelle rangiert die „Nutzung der Medien und der sozialen Netzwerke zur Diskreditierung des Landes, der Machtinstitutionen, der politischen Führer und zur Formierung bestimmter Standards in der öffentlichen Meinung“. Darüber hinaus betonen die Gesetzgeber die Gefahr der Diskreditierung der Russischen-Orthodoxen Kirche und den Versuch, interreligiöse Konflikte zu schaffen.

Die Senatoren stört die Stimulierung von Protestaktionen von außen, die Einbeziehung von Jugendlichen in Protestaktionen, die Einmischung in die russischen Wahlen auf föderaler und regionaler Ebene.

Unter den äußeren Bedrohungen notieren die Senatoren alle Arten von antirussischen Sanktionen als „Instrument des Drucks auf die Regierung der Gesellschaft“ und verunglimpfen das russische politische und wirtschaftliche Leben in der Weltarena mit der anschließenden Verwendung dieser Informationen innerhalb Russlands.

Bemerkenswert an dieser Aufstellung ist, dass der „Islamische Staat“ nicht namentlich unter größten äußeren Bedrohungen Russlands steht. Das westliche Geld in der russischen Politik ist demnach schrecklicher als der „Islamische Staat“.³

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im November 2017 im Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 102 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

² <https://ria.ru/politics/20171009/1506487555.html>

³ <https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2017/10/11/737341-dengi-zapada>



Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider